

Entwurf für eine Erklärung

Nein zu Lohndumping und Ausgründung bei den landeseigenen Betrieben!

Wir, prekär Beschäftigte aus dem Verantwortungsbereich des Landes Berlins, aus CFM, Charité, Vivantes, Technik Museum (T&M GmbH), Botanischer Garten / Botanisches Museum(BGBM), aus den Sozialen Diensten (Freie Träger), z.B. dem VdK Sozialverband, MusikschullehrerInnen, OrchestermusikerInnen, VHS-DozentInnen, Lehrbeauftragte an den Universitäten ...

haben die mehrheitliche Entscheidung des Aufsichtsrats des landeseigenen Unternehmens Vivantes vom 25. März 2015 zur Kenntnis genommen, den Überleitungen nach § 613 BGB von 700 MitarbeiterInnen bei Vivantes in die Tochter Service GmbH zuzustimmen. Am 3. Dezember 2014 hatte der Aufsichtsrat die Gründung der „Therapeutischen Dienste GmbH“ beschlossen, die ab dem 1. Januar 2015 neues Personal einstellt.

Die politische Verantwortung für die Ausgründungen und Überleitung von Beschäftigten bei landeseigenen Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge tragen der Senat und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Berlin.

Auf der Veranstaltung „Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin“ am 16. September 2014 im DGB-Haus, an der weit über 100 prekär Beschäftigte, sowie Gewerkschaftsverantwortliche und Verantwortliche der SPD auf Einladung des AfA-Landesvorstands und von vier AfA-Kreisverbänden teilgenommen haben, haben Michael Müller, jetzt Regierender Bürgermeister von Berlin, Raed Saleh, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, und Jan Stöß, Landesvorsitzender der Berliner SPD erklärt, dass sie der prekären Beschäftigung den Kampf ansagen werden.

Doch Worte sind das eine, Taten das andere!

Die Ausgliederung der 700 Beschäftigten bei Vivantes in die Tochter Service GmbH wird damit gerechtfertigt, dass der Überleitungsvertrag den Alt-Beschäftigten ihre „Besitzstände“ garantiere.

- Aber in jedem Fall wird mit der Ausgliederung ein weiterer Schritt in die zukünftige Ausweitung von prekärer Beschäftigung vollzogen
- Die befristet beschäftigten KollegInnen bei Vivantes, die in die „Therapeutischen Dienste GmbH“ ausgegliedert werden sollen, werden vor die Alternative gestellt, entweder ihre Entlassung zu unterzeichnen oder mit Lohn einbußen von 600 € der Ausgliederung zuzustimmen.
- Das ist die Absage an die Forderung der KollegInnen: Ein Betrieb – ein Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Es ist die Spaltung der Belegschaft und Schwächung unserer Gewerkschaftsorganisation

Begründet wird dies von Senatsvertretern mit dem Argument, dass mit der o.g. Entscheidung des Aufsichtsrats eine langfristige Sicherung des Betriebes gewährleistet werden könne.

Das heißt nichts anderes, als dass der Senat der Meinung ist, im Namen der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung und der Schuldenbremse ist prekäre Beschäftigung unausweichlich.

Der Senat liefert Vivantes liefert das größte öffentliche Krankenhaus Deutschlands den Armutslöhnen des Dumping-Markt-Wettbewerb aus.

Wir können und werden das nicht akzeptieren.

Ausdrücklich unterstützen wir die Forderungen der Betriebsversammlung von Vivantes am 9. März 2015:

- Wir fordern deshalb die sofortige Rückabwicklung der neugegründeten Tochter „Therapeutische Dienste GmbH“.
- Wir fordern die Geschäftsführung auf, keine weiteren Tochtergesellschaften zu gründen und bestehende Tochtergesellschaften wieder in die Vivantes GmbH zu integrieren. Insbesondere dürfen keine Überleitungen nach § 613 BGB durchgeführt werden. Im Unternehmen Vivantes darf es keine tariffreien Betriebe geben.

